



Presseschau vom 09.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt eine Militäroperation in der Ukraine durch, die Streitkräfte der Donbass-Republiken sind mit Unterstützung der russischen Truppen auf dem Vormarsch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen antirussischen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

rusvesna.su: Warum Putin wieder ein sowjetischer Tschekist wurde: die wahren Gründe für den Beginn einer Sonderoperation in der Ukraine

Der aus Odessa stammende Politikberater und Orientalist Igor Dimitriew versucht in seinem Telegram-Kanal „Dimitriew“ den Ausgangspunkt der „endgültigen Lösung der Ukraine-Frage“ nachzuzeichnen. ...

<https://rusvesna.su/news/1646683495> (russisch); [[Automatische Übersetzung](#)]

de.rt.com: Ex-US-Offizier: Russen zielen nicht auf Zivilisten, aber in der Propaganda sind sie schwach

Ist die russische Militäroperation in der Ukraine ein Fehlschlag, wie unsere Medien schon behaupten? Der frühere US-Offizier Scott Ritter widerspricht. Das sei der schnellste

Vormarsch der Geschichte, meint er, wobei versucht werde, nicht nur Zivilisten, sondern auch gegnerische Soldaten zu schonen. ...

<https://kurz.rt.com/2uy9> bzw. [hier](#)

Paul A. Nuttall: Als ehemaliger Abgeordneter weiß ich, wie sehr die EU die Ukraine destabilisiert hat

Vor acht Jahren wurde ein demokratisch gewählter Präsident von Demonstranten, die Fahnen der Europäischen Union schwenkten, seines Amtes enthoben. 2014 argumentierte ich, dass der Drang der EU nach Osten provokativ und töricht sei. Die Geschichte hat mir Recht gegeben. ...

<https://kurz.rt.com/2uy0> oder [hier](#)

Bradley Blankenship: Führende Experten warnten vor einer NATO-Osterweiterung - Warum hat niemand zugehört?

Russlands Offensive in der Ukraine hat weltweit, insbesondere in der westlichen Welt, heftige Gegenreaktionen hervorgerufen – eine verständliche Reaktion, gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Aber dieses Ereignis ist von weltweit führenden außenpolitischen Experten seit Jahrzehnten vorhergesagt worden. ...

<https://kurz.rt.com/2uyc> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Überlebende berichten: Ukrainische Armee tötet Zivilisten bei Fluchtversuch

Es ist derzeit unmöglich, aus vielen umkämpften ukrainischen Großstädten zu fliehen. Die mit der Regierung in Kiew vereinbarten Flüchtlingskorridore funktionieren nicht. Besonders schwer sind die Einwohner Mariupols betroffen. Eine Flucht ist derzeit nur unter extremer Lebensgefahr möglich. ...

<https://kurz.rt.com/2uy1> bzw. [hier](#)

Maxim Chwatkow: Russische Experten: Wie der Krieg in der Ukraine enden könnte

Einerseits finden Verhandlungsrunden zwischen der russischen und ukrainischen Seite statt. Andererseits bleiben die großen Perspektiven für eine Ukraine nach Ende der Kämpfe noch unklar. Daher hat RT mit Experten gesprochen, die mögliche Entwicklungslinien aufzeigen.

...

<https://kurz.rt.com/2uzi> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Im Stadtrat von Mariupol wurde bestätigt, dass ein Auto mit Zivilisten auf eine Mine geriet

Ein ziviles Fahrzeug mit Zivilisten geriet beim Versuch, zum humanitären Korridor zu fahren, auf eine Mine.

Nach Angaben der ukrainischen Verwaltung in der Stadt ereignete sich der Vorfall mit weiteren getöteten Zivilisten aufgrund des Versuchs, einen geschlossenen Checkpoint von „Asow“ zu umfahren.

Eine entsprechende Information wurde operativ von Beamten in allen in Mariupol und den Vorstädten zugänglichen Chats in sozialen Netzwerken und Messengern verbreitet.

„Gerade erreichten uns die traurigen Nachrichten vom Tod dreier Menschen an der Ausfahrt aus Mariupol. Das wahrscheinlichste Szenario dieses Vorfalls ist das Geraten auf eine Mine. Eine Familie versuchte, in Umgehung eines Checkpoints von „Asow“ durchzukommen“, erklärte die Verwaltung.

Die Kämpfer halten weiter etwa 400.000 Menschen als „lebenden Schild“ fest, die Bevölkerung wird nicht zu den humanitären Korridoren gelassen, über die auf sicheres Gebiet

gefährdet werden kann.

Die Beamten selbst hat sich ihrer Aufgaben entzogen und ihre Vollmachten bei der Frage der Evakuierung niedergelegt.

„Die Vertreter der Verwaltung übergeben das Recht zur Entscheidung der Frage an das Kommando des Regiments ‚Asow‘ als am meisten informierte Seite. Wir erwarten ihre Entscheidung“, heißt es in der Mitteilung.

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR ruft die Bevölkerung auf, Gefechte mit ukrainischen Kämpfern zu vermeiden. Schützen Sie sich und ihre Familien.

21:57 t.me/snanews_de: **Uno reagiert auf Kiews Verbot, Zivilisten nach Russland zu evakuieren**

„Unsere Position ist einfach: Die Menschen in der Ukraine sollten dorthin evakuiert werden können, wohin sie wollen“, sagte der UN-Sprecher Stephane Dujarric auf einem Briefing. Damit beantwortete er die Frage, ob die Uno gegen die Evakuierung von ukrainischen Bürgern nach Russland sei.

Zuvor teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass die Behörden in Kiew weiterhin alle wichtigen Evakuierungsrouten aus mehreren ukrainischen Städten in Richtung Russland kategorisch ablehnen würden.

vormittags:

6:45 de.rt.com: **Zustrom ausländischer Kämpfer: Wird die Ukraine ein neues Syrien?**

Seyed Alireza Mousavi

Zahlreiche Ausländer haben sich freiwillig gemeldet, um im Krieg gegen russische Streitkräfte in der Ukraine zu kämpfen. Der Einsatz ausländischer Kämpfer aus verschiedenen Teilen der Welt in der Ukraine wird diesen Krieg internationalisieren und könnte ihn an der Grenze zur EU mit der überregionalen Dynamik, insbesondere im Nahen Osten, verbinden. Laut Angaben der ukrainischen Regierung haben sich etliche Ausländer freiwillig gemeldet, um im Krieg gegen russische Streitkräfte zu kämpfen. Demnach sollen sich bisher etwa 20.000 Kämpfer aus 52 Ländern freiwillig gemeldet, um "für die Ukraine in den Kampf zu ziehen". Die Ukraine wirbt über ihre diplomatischen Vertretungen in West- und Mitteleuropa ganz offen um Fremden-"Legionäre". Solche Freiwilligen ermuntert die ukrainische Regierung ganz offiziell, sich mit den Konsulaten in Verbindung zu setzen. Die überregionale deutsche Zeitung FAZ macht inzwischen Werbung für diese Söldner-Rekrutierung und erläutert dabei eingehend, dass es schließlich nicht verboten sei, "als Deutscher in die Ukraine zu reisen, sich eine Kalaschnikow geben zu lassen und auf russische Soldaten zu schießen". Mehr als 3.000 US-Amerikaner sollen sich bereits freiwillig gemeldet haben, um für die ukrainische Regierung zu kämpfen. Die meisten von ihnen sollen Berichten zufolge US-Kriegsveteranen sein. Die New York Times berichtet über einen US-Veteranen namens Hector, der kürzlich einen Flug in Richtung Ukraine gebucht haben soll, um als ausländischer Freiwilliger in der Ukraine zu kämpfen. Eine Reihe von Mainstream-Medien in den USA, darunter Military Times und Time, haben Schritt-für-Schritt-Anleitungen zum Eintritt in solche Kampfeinheiten in der Ukraine veröffentlicht.

Gerüchte machen diesbezüglich die Runde, dass sich auch einige islamistische Söldner aus Idlib bereit erklärt hätten, an der Seite des Westen gegen die russische Armee in der Ukraine zu kämpfen. Der stellvertretende syrische Außenminister Baschar al-Dschafari erklärte vor Kurzem, dass der Westen dabei kein Hindernis sehe, selbst den "Teufel" gegen Russland zu bewaffnen. Er schloss die Möglichkeit der Verlegung bewaffneter Terroristen, darunter auch Mitglieder des IS, in die Ukraine nicht aus, da sie auch in anderen Teilen der Welt eingesetzt würden, um den "Interessen der USA und des Westens zu dienen". Der Sender Al Alam behauptete, dass auch die Türkei entschieden hätte, bewaffnete Gruppen aus Idlib in die

Ukraine zu verlegen.

Angeblich soll umgekehrt auch Russland syrische Kämpfer für den Einsatz in der Ukraine rekrutiert haben. Laut Wall Street Journal unter Berufung auf vier US-Beamte hätte Russland kampferfahrene Söldner aus Syrien für die Militäroperation in der Ukraine rekrutiert. Die Kämpfer hätten Erfahrung im "Häuserkampf" und könnten den russischen Truppen demnach bei der Einnahme Kiews helfen. Einige in Russland ausgebildete syrische Kämpfer sollen seinerzeit an der Jagd auf Mitglieder der IS-Zellen in Syrien beteiligt gewesen sein. Terroristen-Glückwünsche aus Idlib an die Taliban – Doch wie stehen die Taliban zum IS-Ableger?

Das russische Militär wird derzeit tatsächlich in der Ukraine von Kämpfern aus der autonomen Republik Tschetschenien unterstützt. Auch soll sich eine kleine Zahl von exilierten Tschetschenen den ukrainischen Streitkräften angeschlossen haben. Der in Großbritannien lebende tschetschenische Exilpolitiker Achmed Sakajew hatte bereits dazu aufgerufen. Das Oberhaupt der tschetschenischen Republik Ramsan Kadyrow hatte bereits seine Männer nach Syrien geschickt, um russische Militäroperation gegen Terrorgruppen zu unterstützen. Der tschetschenische Präsident Kadyrow hatte seinerzeit bekanntgegeben, dass die Mehrheit der russischen Militärpolizisten in Syrien Tschetschenen seien.

Die Beteiligung tschetschenischer Kämpfer unter der Führung von Kadyrow am russischen Krieg gegen die Ukraine hat inzwischen einen Streit unter den Islamisten in Idlib ausgelöst. Die Dschihadisten in Idlib ihrerseits verurteilten Kadyrow und seine Soldaten, die an dem Ukraine-Krieg teilgenommen hatten, als "ungläubige Abtrünnige", die vom Glauben abgefallen seien. Eine dschihadistische Terrorgruppe, die der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) in Idlib nahesteht, erklärte gegenüber Al-Monitor unter der Bedingung der Anonymität, die Tschetschenen, die an der Seite der russischen Armee kämpfen, seien "Abtrünnige". Ein nicht namentlich genannter Islamist in Idlib sagte auch gegenüber Al-Monitor, die Dschihadisten in Idlib möchten Teil der "muslimischen Kämpfer" sein, die in der Ukraine gegen die Russen kämpfen.

Der Einsatz ausländischer Kämpfer aus verschiedenen Teilen der Welt in der Ukraine wird den Ukraine-Krieg internationalisieren und könnte daher diesen Krieg an der Grenze zu EU mit der überregionalen Dynamik verbinden, insbesondere mit Kriegsschauplätzen im Nahen Osten. Private Söldner sind zweifellos weniger kontrollierbar als reguläre Soldaten in einer Befehlshierarchie, und deren Einsatz könnte zu ungewollten Gewaltakten führen, da sie unter anderem ohnehin keinerlei Bindungen zur lokalen Gesellschaft haben. Mehrere europäische Regierungen unterstützen die Idee ausländischer Kämpfer in der Ukraine, was die Lage in Ukraine noch weiter anheizen und eine neue Konfliktzone entlang der EU-Grenze bilden könnte. Insofern läuft der Westen Gefahr, dass aus dem Ukraine-Krieg ein neues "Syrien" wird – eine Entwicklung, die langfristig mehr dem Westen als Russland schaden wird. Es gibt allerdings bislang noch einen Unterschied zwischen Syrien-Konflikt und Ukraine-Krieg: Es hat derzeit noch den Anschein, dass die Söldner in der Ukraine zumindest unter dem Dach der Armee kämpfen und agieren sollen und nicht in gänzlich unstrukturierten Rebellentrupps.



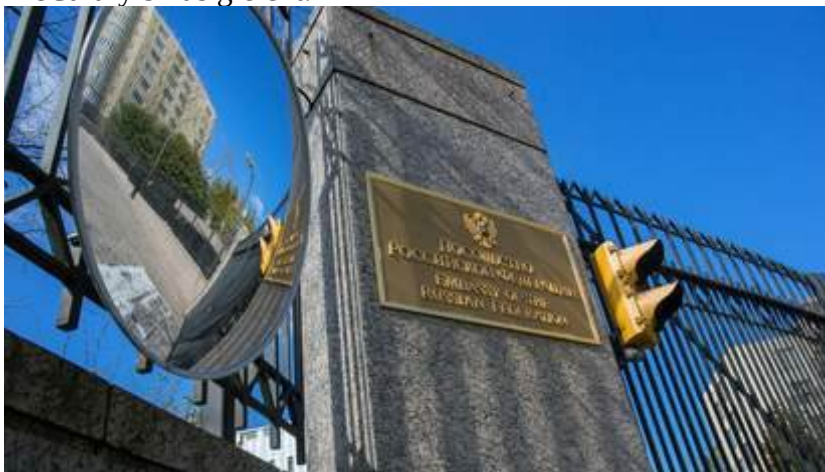
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622756ca48fbef178e7ef7d4.jpg>

7:00 de.rt.com: **Fall Branson: Russische Botschaft in USA fordert Ende der Verfolgung von Russen**

Die russische Botschaft hat die in den USA erhobene Anklage gegen Elena Branson, die Vorsitzende des Koordinationsrates der russischen Mitbürger, als Teil einer Kampagne gegen Russland bezeichnet. In diesem Zusammenhang fordert die Botschaft "ein Ende der Verfolgung von Mitbürgern".

Zuvor hatte das US-Justizministerium mitgeteilt, dass Branson wegen illegaler Tätigkeit als ausländische Agentin angeklagt worden sei. In sechs Fällen drohen ihr bis zu 35 Jahren Gefängnis. Die Botschaft der Russischen Föderation erklärte diesbezüglich:

"Die Vorwürfe sind ungeheuerlich und entbehren jeglicher Grundlage. Sie sind Teil einer breit angelegten antirussischen Kampagne, die einer Hexenjagd in der schlimmsten Tradition des McCarthyismus gleicht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228300cb480cc26697019e8.jpg>

7:15 de.rt.com: **Großbritannien setzt Eindringen russischer Flugzeuge in seinen Luftraum mit Straftat gleich**

Der britische Verkehrsminister Grant Shapps hat auf Twitter geschrieben, dass London das Auftauchen eines russischen Flugzeugs im britischen Luftraum aktuell als eine Straftat ansehe. Shapps betonte, die Behörden würden in solchen Fällen Flugzeuge aus Russland festsetzen:

"Ich habe das Eindringen russischer Flugzeuge in den britischen Luftraum zu einer Straftat erklärt, und die Regierung kann diese Flugzeuge nun festsetzen."

7:30 de.rt.com: **KKW Saporoschkaja vollständig unter Kontrolle der russischen Streitkräfte**

Die Situation im Kernkraftwerk Saporoschkaja ist komplett unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte. Dies erklärte ein Vertreter des russischen Militärs. Das Personal des KKW arbeite wie gewöhnlich, hieß es weiter.

Zuvor hatten infolge von Verhandlungen rund 240 Personen, darunter 50 Frauen der ukrainischen Streitkräfte, ihre Waffen niedergelegt. Sie wurden nach der Unterzeichnung von Dokumenten über eine weitere Nichtbeteiligung an Kampfhandlungen nach Hause geschickt, so das russische Militär.

In einem [Video](#) zeigt der RT-Korrespondent Murad Gasdiew einen Raum in dem Kernkraftwerk, wo sich die von den ukrainischen Militärangehörigen zurückgelassenen Waffen befinden, darunter auch Sprengstoffe und Waffen aus den USA.



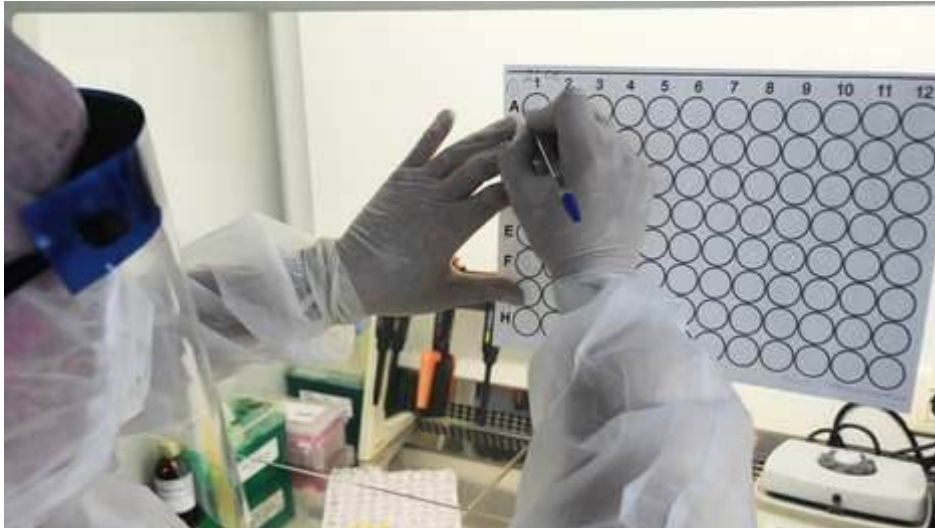
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228406f48fbef155e088097.jpg>

7:45 de.rt.com: **Victoria Nuland bestätigt: USA haben Biolabore in Ukraine**

Die USA haben eingeräumt, dass sie Biolabore in der Ukraine betreiben. Dies berichtete die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland. Sie unterstrich, die USA würden mit der Ukraine zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass biologisches Forschungsmaterial zu den russischen Streitkräften gelange.

Wiederum erklärte der russische Botschafter in den Vereinigten Staaten Anatoli Antonow, das US-Außenministerium befürchte, russische Wissenschaftler könnten bestätigen, dass die Ukraine und die USA gegen das UN-Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen und Toxinwaffen verstoßen hätten.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen die USA mehr als 200 Millionen US-Dollar für Labors in der Ukraine ausgegeben haben, die an dem militärisch-biologischen Programm der USA beteiligt waren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622849f5b480cc26697019ef.jpg>

8:06 t.me/snanews_de: **Importersatz: Russland will jährlich bis zu 40 Suchoi-Superjets mit einheimischen Triebwerken herstellen – Ministerium für Industrie und Handel**
 Zudem sollten die SSJ-100-Maschinen zukünftig mit russischen Triebwerken ausgestattet werden. Bislang wurden die Flugzeuge dieses Typs mit Antrieben aus ausländischer Produktion ausgestattet. Das russische Triebwerk PD-8 solle früher als geplant, also innerhalb von zwölf bis 14 Monaten zugelassen werden.
 Das Hauptziel für die russische Flugzeugindustrie sei nun ein möglichst umfangreicher Importersatz bei allen Systemen und Geräten, betonte das Ministerium.

mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko zur Lage am 9.3.2022**

In Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz **erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden erhebliche Verluste** an Personal und Militärtechnik:

60 Mann;

3 Panzer;

2 Schützenpanzer;

5 Fahrzeuge, darunter solche, die mit großkalibrigen Schusswaffen ausgerüstet sind;

1 Drohne;

9 permanente Feuerpunkte.

Bei Kampfhandlungen wurden auch eingenommen:

2 Antipanzerraketenkomplexe „Korsar“;

1 Antipanzernuklearkomplex „NLAW“.

Trotz der Niederlagen an der Front setzt der Gegner den **Terror gegen die Zivilbevölkerung** der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind. Zu diesem Zweck **setzt der Gegner aktiv Drohnen ein, die die Artillerie leiten**.

Alle Versuche der ukrainischen Kämpfer, Drohnen im Luftraum der Republik einzusetzen werden entschieden von Spezialisten der Volksmiliz unterbunden. So wurde gestern in gemeinsamen Anstrengungen von Luftabwehreinheiten der Einheiten der elektronischen Kriegsführung der Volksmiliz eine Drohne „Leleka-10“, die die Feuerleitung für Mehrfachraketenwerfer „Grad“ vornahm, die Artillerieschläge bei Nishneje Losowoje ausführten, entdeckt und zum Landen gezwungen.

Die koordinierten Handlungen der Spezialisten der Volksmiliz erlaubten es, den Gegner zu zwingen, das Feuer einzustellen, indem er die Möglichkeit verlor, das Artilleriefeuer zu leiten, dadurch konnten Opfer unter den örtlichen Einwohnern und Schäden an ziviler Infrastruktur

verhindert werden.

8:31 de.rt.com: **Russische Zentralbank schränkt Devisenhandel ein**

Die russische Zentralbank hat bis zum 9. September Einschränkungen für den Devisenhandel verhängt. Bis dahin dürfen russische Banken kein ausländisches Bargeld an Bürger verkaufen. Das seit dem 9. März geltende Maßnahmenpaket sieht vor, dass man von einem Devisenkonto Bargeld in ausländischer Währung nur bis zu einem Betrag von 10.000 US-Dollar (rund 9.200 Euro) abheben kann. Bei höheren Beträgen wird der Rest in Rubel zum Tageskurs ausgezahlt. Unabhängig davon, in welcher Währung die Konten geführt werden, kann man nur Bargeld in US-Dollar bekommen. Für den Umtausch ausländischer Währungen in Rubel gibt es hingegen keine Einschränkungen. Nach Angaben der Zentralbank liegen auf 90 Prozent der bei russischen Banken geführten Konten in ausländischen Währungen weniger als 10.000 US-Dollar.

10:35 (8:35) rusvesna.su: **Sacharowa: Russland hat westliche Länder vor militärischen Experimenten in der Ukraine gewarnt**

Russland warnte über seine Botschaften ausländische Partner vor der Verantwortung, die sie für „Experimente“ mit der Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine tragen würden. Dabei geht es um die Lieferung von Waffen nach Kiew oder über die Entsendung von „Freiwilligen“ – Kämpfern in das Land.

Dies erklärte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa im Programm des Radiosenders Sputnik, dessen Ausstrahlung heute auf der Frequenz des liquidierten "Echo Moskwy" begann.

„Russland hat bereits reagiert. Es wurde angekündigt, dass für jede Beteiligung (an den Feindseligkeiten in der Ukraine – Red.) mit der Lieferung von Waffen oder der Entsendung von sogenannten Freiwilligen, für alle Experimente in dieser Richtung, die Länder, die sie durchführen, erfasst und verantwortlich gemacht werden“, betonte sie.

„Unsere Diplomaten und Botschaften haben unsere gut begründete und formulierte Position in deren Hauptstädten übermittelt“, präzisierte Sacharowa.

Sie merkte an, dass damit „unkontrollierte (militärische – Red.) Rhetorik einzelner Länder“ einen gewissen Rahmen bekommen habe.

Darüber hinaus forderte die Sprecherin des russischen Außenministeriums ausländische Politiker auf, darüber nachzudenken, dass die Söldner, die zum Kampf in die Ukraine aufbrechen, „als absolut vollständige Kämpfer zurückkommen“, wie es bei den Schlägern der Fall sei, die an Kampfhandlungen gegen die Behörden in Syrien teilgenommen haben.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ukr_karateli_vsu_boi_naemniki

[donbass_btr.jpg](#)

10:45 (8:45) novorosinform: **Hunderte von Menschen in Mariupol bleiben ein "menschlicher Schutzschild" für die Streitkräfte der Ukraine – Puschilin**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, sagte, dass die ukrainischen nationalen Einheiten, die Mariupol besetzt halten, praktisch nicht von Kiew aus kontrolliert werden.

Laut Puschilin konnten einige Einwohner von Mariupol die Stadt entlang des humanitären Korridors in Richtung Besymennoje im Bezirk Nowoasowskder DVR verlassen, berichtet RIA Novosti.

„Mehrere hundert Menschen in Mariupol sind weiterhin ein ‚menschlicher Schutzschild‘ für die nationalen Einheiten der Ukraine“, sagte Puschilin.

Der Staatschef der DVR stellte auch fest, dass das DVR-Militär keine andere Wahl habe, als das Territorium von Mariupol "Meter für Meter" zu befreien.



https://novorosinform.org/content/images/05/47/40547_720x405.jpg

11:36 (9:36) novorosinform.org: **Kräfte der LVR und der Russischen Föderation haben die BFU-Gruppierung im Donbass eingekreist**

Laut Militärkorrespondent Oleg Blochin wurden 50.000 ukrainische Soldaten auf dem Territorium der LVR eingekesselt.

Oleg Blochin berichtete in seinem Telegram-Kanal, dass die Streitkräfte der Volksmiliz der LVR und der russischen Armee die Gruppe der Streitkräfte der Ukraine auf dem Territorium des Gebiets Lugansk entlang der Linie Melowoje-Markowka-Starobelsk einkreisen konnten. Rund 50.000 ukrainische Soldaten landeten im „Kessel“.

Der Korrespondent stellt fest, dass in diesem Frontabschnitt die schwersten Kämpfe ausgetragen wurden, aber jetzt würden die Einheiten der Volksmiliz und der russischen Armee mit Aktionen beginnen, um die eingekreisten ukrainischen Einheiten unter Druck zu setzen und die Kapitulation zu erzwingen. Blochin betont, dass die kampfstärksten Kräfte der ukrainischen Armee Teil der hier eingeschlossenen Kräfte seien.



https://novorosinform.org/content/images/05/52/40552_720x405.jpg

10:47 de.rt.com: **China kritisiert US-Importverbot für Energie aus Russland**

China hat das Importverbot der USA für Öl, Gas und Kohle aus Russland als Reaktion auf die russische Militäroperation in der Ukraine kritisiert. Am Mittwoch sagte Außenamtssprecher Zhao Lijian vor der Presse in Peking:

"Den großen Knüppel der Sanktionen zu schwingen, bringt uns keinen Frieden und keine Sicherheit."

Es werde den betroffenen Ländern nur große Schwierigkeiten für die Wirtschaft und das Wohlergehen der Menschen bereiten. Jeder verliere durch dieses Szenario, denn die Sanktionen verstärkten nur die Spaltung und Konfrontation. China und Russland unterhielten eine gute Zusammenarbeit im Energiebereich, sagte der Diplomat.

"Wir werden die normale Handelskooperation fortsetzen."

Zhao Lijian äußerte sich außerdem zu eventuellen Strafaktionen der USA, falls sich chinesische Banken und Unternehmen nicht an die zuvor verhängten anderen Sanktionen hielten: China werde "alle notwendigen Maßnahmen" ergreifen, um entschlossen die legitimen Interessen chinesischer Unternehmen und Personen zu verteidigen. China lehne alle einseitigen Sanktionen und eine Ausweitung der Jurisdiktion der US-Seite über das US-Territorium hinaus ab. Im Umgang mit der Ukraine-Frage und Russland sollten die USA die Besorgnisse Chinas ernst nehmen und vermeiden, Rechte und Interessen Chinas zu untergraben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228700548fbef13a8641590.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 9.3.22 um 10:30 Uhr

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet intensive Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Donezker Volksrepublik.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **29-mal das Feuer** auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten **12 Ortschaften** der Republik.

Ifolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Sieben Zivilisten wurden verletzt**. 34 Wohnhäuser, 5 Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten. Nach der Übernahme der Kontrolle der Eisenbahnstation Satschatowka entwickeln Einheiten der Streitkräfte Russlands und der Donezker Volksrepublik den **Angriff in Richtung Krasnaja Poljana**.

In den Vorstädten von Mariupol säubern Soldaten der technischen Einheiten der Donezker Volksrepublik die Örtlichkeiten von explosiven Objekten. Unsere Verteidiger haben mehr als 1800 explosive Objekte entschärft.

Während sie eilig ihre Befestigungen verlassen, hinterlassen die ukrainischen Nationalisten Waffen und Technik. In den letzten 24 Stunden haben Soldaten der Donezker Volksrepublik zwei Panzer, vier Schützenpanzer und zwei Antipanzerkomplex NLAW eingenommen. Außerdem haben 12 Soldaten der 53. mechanisierten Brigade und der 36. Marineinfanteriebrigade freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksmiliz übergegangen. Sie haben die notwendige Hilfe erhalten und ihr Leben ist nicht in Gefahr. Sofort nach Abschluss der Spezialoperation werden die Soldaten zu ihren Familien nach Hause gehen können.

Wir rufen die ukrainischen Offiziere, Soldaten und Unteroffiziere ein weiteres Mal auf! Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Warten Sie nicht auf einen Befehl, die Waffen niederzulegen. Nur Sie können das Blutvergießen beenden. Erhalten Sie Ihr Leben, legen Sie die Waffen nieder und gehen Sie nach Hause.

10:50 de.rt.com: **Lieferung von polnischen MiG-29 über Ramstein an die Ukraine: Pentagon hat "ernsthafte Bedenken"**

Polen ist zur Lieferung von MiG-29-Kampffjets an die Ukraine bereit. Die Maschinen sollen Warschaus Vorschlag zufolge zunächst auf den US-Stützpunkt Ramstein in Deutschland verlegt und von dort in den ukrainischen Luftraum geflogen werden. Das Pentagon hat jedoch "ernsthafte Bedenken".

Das US-Verteidigungsministerium lehnt wohl den Vorschlag Polens zur Lieferung von Kampffjets an die Ukraine ab. Das Angebot aus Warschau sah den Meldungen zufolge vor, dass alle Maschinen vom Typ MiG-29 aus sowjetischer Produktion "unverzüglich und kostenlos" zunächst auf den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz verlegt und dem US-Militär überlassen werden sollten. Am Dienstagabend hatte das polnische Außenministerium erklärt, die Regierung sei bereit, diese Maschinen den USA zur Verfügung zu stellen.

Doch nun warnte Washington davor, dass Warschaus Plan "das gesamte NATO-Bündnis" bedrohen könnte. Die Überlassung von Kampffjets für die Ukraine mit einem Zwischenstopp auf einem Stützpunkt in Deutschland bezeichnete das Pentagon als "nicht haltbar". Der

Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, sagte am Dienstagabend (Ortszeit), dass der Vorschlag "schwierige logistische Herausforderungen" mit sich bringe. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter schrieb Kirby zu der geopolitischen Dimension des Plans: "Die Aussicht, dass Kampfflugzeuge, die 'der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Verfügung stehen', von einem US/NATO-Stützpunkt in Deutschland aus in den Luftraum fliegen, der mit Russland über der Ukraine umkämpft ist, wirft ernsthafte Bedenken für das gesamte NATO-Bündnis auf."

Das Pentagon signalisiert damit, dass es in dieser Angelegenheit nur ungern eine Rolle spielen möchte. Unter Bezugnahme auf mögliche "logistische Herausforderungen", auf die ein solcher Plan stoßen könnte, sagte Kirby, dass es für das Pentagon "nicht klar" sei, ob die Aktion gerechtfertigt sei.

Victoria Nuland, Top-Diplomatin des Außenministeriums, bezeichnete das zuvor offenbar nicht mit der US-Regierung abgestimmte Angebot Polens in einer Anhörung im Senat als "überraschenden Schritt".

Washington ließ aber auch verlauten, dass das Thema weiterhin mit Polen und anderen NATO-Mitgliedstaaten diskutiert werde. Gleichzeitig betonte Kirby, dass Polen das Recht habe, der Ukraine eigene Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, und fügte hinzu, dass die Entscheidung "letztendlich bei der polnischen Regierung" liege.

Vergangene Woche hatte der polnische Präsident Andrzej Duda noch ausgeschlossen, dass Warschau von sich aus Kampfflugzeuge an die Ukraine liefern würde. Duda hatte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 1. März erklärt:

"Wir werden keine Kampfjets in die Ukraine schicken, weil das eine militärische Einmischung in den ukrainischen Konflikt bedeuten würde. Wir werden uns nicht in diesen Konflikt einmischen."

Kiew hatte bereits mehrmals den Westen um die Lieferung von Kampfflugzeugen und Drohnen zur Luftabwehr gebeten. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij forderte die NATO außerdem auf, eine Flugverbotszone über dem Land einzurichten. Die transatlantische Allianz weigert sich jedoch, dies zu tun, mit dem Hinweis, dass ein solcher Schritt zu einem "vollwertigen Krieg in Europa führen würde, an dem viele weitere Länder beteiligt wären".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62286d1348fbef155e0880d7.jpg>

13:38 (11:38) novorosinform.org: **Kiew schuf die weltweit erste "IT-Armee" -**

stellvertretender Leiter des Ministeriums für digitale Entwicklung der Ukraine

Der stellvertretende Leiter des Ministeriums für digitale Entwicklung der Ukraine, Aleksandr Bornjakow, gab bekannt, dass ausländische Bürger in die sogenannte ukrainische „IT-Armee“ aufgenommen wurden.

Aleksandr Bornjakow sagte, die Ukraine habe die erste und einzige IT-Armee der Welt geschaffen. Er stellte fest, dass es nicht nur ukrainische Staatsbürger, sondern auch Einwohner westlicher Länder, die an Informations- und Cyberangriffen auf Russland beteiligt waren, gegeben habe. Das berichtet Russia Today.

Es ist jedoch bemerkenswert, dass sich die Familie Bornjakow derzeit in Moskau aufhält und die Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin unterstützt, eine Militäroperation in der Ukraine zu starten.



https://novorosinform.org/content/images/05/69/40569_720x405.jpg

11:40 de.rt.com: "Darf nicht in russische Hände fallen" – US-Stellungnahme zu Biolaboren in der Ukraine

Die Staatssekretärin im US-Außenministerium für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, bestätigte vor einem Ausschuss des US-Senats am Dienstag, dass es mit Kiew zusammenarbeite, um Russland den Zugang zu ukrainischen Biolaboren zu verwehren. Victoria Nuland, Staatssekretärin im US-Außenministerium für politische Angelegenheiten, hat bestätigt, dass Washington sich an den Bemühungen beteiligt, die sicherstellen sollen, dass kein "Material", das die Ukraine in ihren Biolaboren aufbewahrt, an das russische Militär gelangt.

Nuland sagte am Dienstag vor dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats: "Die Ukraine verfügt über biologische Forschungseinrichtungen, bei denen wir in der Tat besorgt sind, dass russische Truppen oder russische Streitkräfte versuchen könnten, die Kontrolle darüber zu erlangen."

Sie fügte hinzu:

"Wir arbeiten mit den Ukrainern daran, wie sie verhindern können, dass diese Forschungsmaterialien in die Hände der russischen Streitkräfte fallen, sollten diese sich nähern."

Das russische Militär hatte zuvor behauptet, dass die ukrainischen Behörden gefährliche Materialien, einschließlich hochpathogener bakterieller und viraler Erreger, die sie angeblich in mit dem Pentagon verbundenen Laboren aufbewahrt haben, übereilt vernichtet hätten.

Am Montag erklärte Generalleutnant Igor Kirillow, die vom russischen Militär eingesehenen Dokumente ließen darauf schließen, dass einige dieser Labore unter anderem mit Milzbrand gearbeitet haben sollen. Kirillow behauptete auch, dass der einzige Grund, warum Kiew Berichten zufolge die Materialien zerstören wolle, die Sorge sei, dass russische Experten "höchstwahrscheinlich beweisen werden, dass die Ukraine und die USA gegen das Übereinkommen über biologische Waffen verstoßen haben", sobald sie die Proben untersucht hätten.

Während Moskau seine Besorgnis über die angebliche Entwicklung von Biowaffen in der Ukraine zum Ausdruck gebracht hat, schien Nuland Russland präventiv die Schuld für eine mögliche Freisetzung gefährlicher Stoffe inmitten des anhaltenden militärischen Konflikts zu

geben. Nuland stimmte mit dem republikanischen Senator Marco Rubio darin überein, dass im Falle eines chemischen oder biologischen "Zwischenfalls" oder "Angriffs" in der Ukraine Russland der Schuldige sein würde. Nuland sagte vor dem Ausschuss:

"Ich habe keinen Zweifel daran, Herr Senator, und es ist eine klassische russische Technik, dem anderen die Schuld für das zu geben, was man selbst vorhat."

Kiew hat bestritten, dass es Biowaffen entwickelt hat. Das Pentagon erklärte, Spekulationen über seine Beteiligung an diesen Programmen in den ehemaligen Sowjetstaaten seien "russische Desinformation".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228694348fbef155e0880ce.jpg>

11:53 de.rt.com: **EU beschließt weitere Sanktionen gegen Russland**

Die 27 EU-Staaten haben sich angesichts der anhaltenden Kriegshandlungen in der Ukraine auf eine erneute Ausweitung der Sanktionen gegen Russland und dessen Partnerland Weißrussland verständigt. Nach Angaben der Ratspräsidentschaft sollen weitere Oligarchen und deren Angehörige auf eine Liste von Personen kommen, deren Vermögenswerte in der EU eingefroren werden und die nicht mehr einreisen dürfen. Zudem sind ein Verbot für die Ausfuhr von Schifffahrtsausrüstung sowie der Ausschluss dreier weißrussischer Banken aus dem Bankennetzwerk SWIFT vorgesehen.

Auf den von der Ukraine geforderten Stopp von Energieimporten aus Russland konnten sich die EU-Staaten auch nach einem entsprechenden Beschluss der USA weiter nicht verständigen. An diesem Donnerstag und Freitag dürfte dies Thema bei einem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs werden.

Die bislang verhängten Sanktionen zielen darauf ab, der russischen Zentralbank die Geschäftstätigkeit zu erschweren und bestimmte Industriesektoren von der Versorgung mit Hightech abzuschneiden. Momentan ist der Luftraum über der EU für Flugzeuge aus Russland komplett gesperrt. Hunderte Personen und Dutzende Organisationen stehen auf der EU-Sanktionsliste.

13:58 (11:58) novorosinform.org: **Sacharowa: Russland hat die Atomanlagen der Ukraine unter seine Kontrolle gebracht, um Provokationen zu vermeiden**

Russisches Militär habe die Verantwortung für eine Reihe von Nuklearanlagen in der Ukraine übernommen, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

Sie merkte an, dass dies in erster Linie auf die Risiken nuklearer Provokationen zurückzuführen sei, die von ukrainischen Radikalen begangen werden könnten. Die Kernkraftwerke Tschernobyl und Zaporozhye wurden unter den Schutz des russischen Militärs gestellt.

Sacharowa betonte, das Vorgehen Russlands ziele ausschließlich darauf ab, verschiedene

radikale Elemente daran zu hindern, die aktuelle Situation zur Vorbereitung nuklearer Provokationen zu nutzen, berichtet die Bundesnachrichtenagentur. Zuvor stellte der Diplomat fest, dass mehr als zwei Millionen ukrainische Bürger die Evakuierung nach Russland beantragt haben, ukrainische Nationalisten dies jedoch auf jede erdenkliche Weise verhindern. Zakharova fügte hinzu, dass die Information, dass es eine solche Gelegenheit gibt, vom Kiewer Regime absichtlich vor den Menschen verborgen wird.



https://novorosinform.org/content/images/05/68/40568_720x405.jpg

nachmittags:

12:48 de.rt.com: **Erdoğan wirft Europa "Hexenjagd" gegen russische Künstler und Studierende vor**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat Deutschland und Europa im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eine "Hexenjagd" gegen russische Künstler vorgeworfen. So wie die Türkei die Ukraine nicht im Stich lasse, akzeptiere man auch "keine Praktiken, die einer Hexenjagd gegen das russische Volk, die russische Literatur, deren Studenten und Künstler ähneln", sagte der Politiker am Mittwoch vor seiner islamisch-konservativen Regierungspartei AKP in Ankara.

Die Münchner Philharmoniker hatten sich zum Beispiel Anfang März vom mit Wladimir Putin befreundeten russischen Stardirigenten Waleri Gergijew getrennt, nachdem er sich trotz Aufforderung nicht von den russischen Kriegshandlungen in der Ukraine distanziert hatte. Mit Blick auf das Treffen von Russlands Außenminister Sergei Lawrow und dessen ukrainischen Amtskollegen Dmitri Kuleba am Donnerstag in Antalya sagte Erdoğan, er hoffe, dass das Treffen die Tür für eine dauerhafte Waffenruhe öffne. Der Krieg in der Ukraine könne nur durch Dialog beendet werden.

13:12 de.rt.com: **Ukrainischer Vizeminister für Digitale Transformation: Regierung teilweise aus Kiew evakuiert**

Der ukrainische Vizeminister für Digitale Transformation, Alexander Bornjakow, hat in einem Interview für die US-Zeitung Politico gesagt, die ukrainische Regierung sei teilweise aus der Hauptstadt Kiew evakuiert worden. Er sei unter den in Sicherheit gebrachten Kabinettsmitgliedern.

"Ich darf jetzt meinen Aufenthaltsort nicht preisgeben. Sogar hier hören wir ab und zu die Sirenen und müssen in Deckung gehen."

Der Vizeminister fügte hinzu, er und seine Kollegen würden rund um die Uhr und ohne Ruhetage arbeiten.

Darüber hinaus erzählte Bornjakow über einen ideologischen Konflikt mit seinen Verwandten

in Moskau. Er habe sie nach ihrer Meinung zu dem Geschehen in der Ukraine gefragt.

"Sie haben geantwortet, dass sie Putin unterstützen."

Bornjakow teilte der US-Zeitung mit, er spreche mit seinen Verwandten in Moskau nicht mehr. Seitdem halte er sie nicht mehr für Verwandte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62289207b480cc0f8c6ab33b.jpg>

13:44 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow bezeichnet Treffen von Außenministern Lawrow und Kuleba als "sehr wichtig"**

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hat ein für Donnerstag in der Türkei geplantes Treffen des russischen Außenministers Sergei Lawrow mit dessen ukrainischen Kollegen Dmitri Kuleba als "sehr wichtig" bezeichnet.

"Das Treffen der Außenminister ist eine sehr wichtige Fortsetzung des Verhandlungsprozesses."

Gleichzeitig betonte Peskow, man sollte zunächst einmal das Treffen abwarten und nicht vorgehen.

Kuleba und Lawrow wollen sich im türkischen Antalya treffen. Das wäre das ranghöchste Gespräch seit dem Beginn der sogenannten militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine.

Der Kremlsprecher plädierte darüber hinaus dafür, eine neue Runde der russisch-ukrainischen Verhandlungen so schnell wie möglich zu veranstalten. Moskau sei an weiteren Gesprächsrunden mit ukrainischen Vertretern interessiert.

"Die russische Position ist absolut verständlich formuliert, und die ukrainischen Gesprächspartner sind darüber unterrichtet."

Zuvor hatten drei Gesprächsrunden zwischen Vertretern aus Russland und der Ukraine stattgefunden. Während die erste scheinbar erfolglos blieb, konnten sich die Seiten bei ihren zweiten Treffen auf humanitäre Korridore zur Evakuierung von Zivilisten einigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62289cb6b480cc095f13b8c9.jpg>

13:51 de.rt.com: **Russlands Außenamt: Sonderoperation zielt nicht darauf ab, Regierung in der Ukraine zu stürzen**

Russlands Spezialoperation in der Ukraine verlaufe streng nach Plan, teilte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums am Mittwoch mit. Der Kreml habe nicht vor, die derzeitige Regierung in der Ukraine zu stürzen oder die Staatlichkeit des Landes zu zerstören.

Maria Sacharowa betonte erneut, dass das Ziel der russischen Spezialoperation "der Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine" seien. Der Einsatz zielt nicht darauf ab, die Ukraine zu besetzen oder deren Regierung zu stürzen. Sie stellte fest, dass Verhandlungen im Gange seien, um das sinnlose Blutvergießen und den Widerstand der ukrainischen Armee zu stoppen.

Ihren Angaben zufolge haben sich seit Beginn der Kriegshandlungen etwa zwei Millionen Menschen mit einem Evakuierungsgesuch an Russland gewandt, von denen bereits 140.000 herausgeholt wurden. "Leider werden die Vereinbarungen in der Praxis oft nicht eingehalten. Wir fordern die ukrainische Seite auf, alles zu tun, um die sichere Durchreise der Zivilisten zu garantieren, und wir hoffen, dass in den nächsten Verhandlungsrunden ein bedeutenderer Schritt vorwärts gemacht wird", sagte Sacharowa.

Außerdem hätten die russischen Streitkräfte die Kontrolle über die Kernkraftwerke Tschernobyl und Saporoschje sowie die angrenzenden Gebiete übernommen. "Dieser Schritt wurde ausschließlich unternommen, um zu verhindern, dass ukrainische nationalistische und terroristische Gruppen sowie ausländische Söldner die Lage im Land nutzen, um nukleare Provokationen zu organisieren. Und diese Risiken gibt es", erklärte die Sprecherin.

Aussagen der US-Behörden über eine friedliche Nutzung biologischer Entwicklungen, die in Labors in der Ukraine aufgetaucht sind, seien unhaltbar. Von einer friedlichen Nutzung sei keine Rede gewesen. Das Pentagon sei nun verpflichtet, die internationale Gemeinschaft mit jenen Programmen bekannt zu machen, die in der Ukraine durchgeführt wurden:

„Diese Beweise kann man nicht mehr widerlegen. Die Welt muss wissen, was sie dort tun wollten, zu welchem Zweck.“

Das russische Militär hatte zuvor mitgeteilt, dass die Ukraine Spuren eines militärischen biologischen Programms vernichtet habe. An der Finanzierung dieses Programms soll das US-Verteidigungsministerium beteiligt gewesen sein. Nach Angaben Moskaus habe das Gesundheitsministerium der Ukraine gefordert, biologische Programme dringend einzuschränken und entsprechende Beweise zu vernichten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228862ab480cc1064270faa.jpg>

14:29 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Kiew bereitete sich auf Donbass-Offensive im März vor**

Geheime Dokumente des Kommandos der ukrainischen Nationalgarde sind vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlicht worden. Den Informationen zufolge bereitete Kiew im März eine Offensive im Donbass vor, so das russische Ministerium.

Die Ukraine bereitete für März im Geheimen eine Offensive im Donbass vor. Dies teilte Generalmajor Igor Konaschenkow mit, ein Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums.

Laut Konaschenkow gelangte während der Feindseligkeiten ein geheimer Befehl des Befehlshabers der ukrainischen Nationalgarde, Nikolai Balan, vom 22. Januar in den Besitz des russischen Militärs. Der Brief sei an die Leiter der Gebietsverwaltungen Nord-Kiew, Süd-Odessa und die Westabteilung der ukrainischen Nationalgarde gerichtet gewesen.

Konaschenkow sagte:

"Dieser Befehl enthält einen Plan zur Vorbereitung einer der Kampfgruppen auf eine Offensive."

Dem Befehl zufolge seien alle "nationalistischen Kampftrainingsaktivitäten bis zum 28. Februar abzuschließen, um die Erfüllung der Kampfaufgaben im Rahmen der Operation der Vereinigten Streitkräfte der Ukraine im Donbass sicherzustellen".

Das russische Verteidigungsministerium veröffentlichte ebenfalls [Fotos von Geheimdokumenten](#).

Unterdessen erklärte das russische Ermittlungskomitee, dass es ein Strafverfahren wegen der Vorbereitung einer Militäroperation im Donbass gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte einleiten werde.

Vergangene Woche hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, es habe Hinweise auf die Entwicklung biologischer Waffen in der Ukraine erhalten. Ein Netz von 30 Labors sei im Land eingerichtet worden. Diese hätten im Auftrag des Pentagons gearbeitet, so Igor Kirillow, Leiter der Strahlen-, chemischen und biologischen Abwehrtruppen Russlands. Ihm zufolge ging es in dieser Angelegenheit unter anderem um das Sammeln und den Export von Stämmen gefährlicher Mikroorganismen in die USA sowie um die Erforschung potenzieller Laut Kirillow arbeiteten diese Labors mit Erregern von Pest, Milzbrand, Brucellose, Diphtherie, Salmonellose und Dysenterie. Deutschland habe in der Ukraine Studien über Erreger des hämorrhagischen Kongo-Krim-Fiebers, der Leptospirose, der Meningitis sowie über Hantaviren durchgeführt, fügte er hinzu.

Das russische Verteidigungsministerium erklärte, die Arbeit dieser Labors habe zu einem unkontrollierbaren Anstieg der gefährlichen Infektionen in der Ukraine geführt: Tuberkulose, Masern und Röteln.

Victoria Nuland, die stellvertretende US-Außenministerin, bestätigte, dass die USA Biolabore

in der Ukraine betrieben. Sie unterstrich, die USA würden mit der Ukraine zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass biologisches Forschungsmaterial in die Hände der russischen Streitkräfte gelange.

Seit dem 24. Februar führt das russische Militär einen Sondereinsatz in der Ukraine durch. Russlands Präsident Wladimir Putin nannte als Ziele die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Landes sowie den Schutz der Bewohner des Donbass vor einem Völkermord "durch das Kiewer Regime". Er erklärte, dass Russland gezwungen gewesen sei, eine Sonderoperation durchzuführen, und dass es keine Pläne für eine Besetzung der Ukraine gebe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/62287a6b48fbef1c7028e5fb.jpg>

14:44 de.rt.com: **Ukrainischer Außenminister Kuleba: Geringe Erwartungen an Verhandlungen mit Lawrow**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba hat nach eigenen Aussagen keine allzu hohen Erwartungen an das geplante Treffen mit seinem russischen Kollegen Sergei Lawrow in der Türkei. In einem auf Facebook veröffentlichten Video sagt der ukrainische Chefdiplomat: "Ich sage Ihnen ganz offen, dass ich keine allzu großen Erwartungen an die Verhandlungen setze. Aber wir werden fraglos maximalen Druck ausüben."

Das Interesse der Ukraine sei die Einstellung des Feuers, die Befreiung der ukrainischen Gebiete und die bedingungslose Lösung aller humanitären Probleme, die die russische Armee geschaffen habe.

Kuleba brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Lawrow am Donnerstag im türkischen Antalya tatsächlich nach einer Lösung suchen wolle, wie der Krieg zu beenden sei "und nicht aus propagandistischen Gründen" anreise.

Der Kreml hatte seinerseits das geplante Treffen als "sehr wichtig" bezeichnet. Zugleich bekräftigte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zwei russische Kernforderungen: die Anerkennung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim als russisches Gebiet sowie die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

15:13 de.rt.com: **Wege aus Abhängigkeit von russischem Gas: Von der Leyen fordert Bürger zum Energiesparen auf**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte am Mittwoch in der ZDF-Sendung "Morgenmagazin" vier Punkte, wie die EU schnell aus der Abhängigkeit von russischem Gas kommen will. Neben mehr Lieferungen von Flüssiggas sei das Energiesparen einer der Wege. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert die Bürger zum Energiesparen auf,

um Europa schneller von Gas, Öl und Kohle aus Russland unabhängig zu machen. Dazu könne jeder beitragen, sagte die CDU-Politikerin am Mittwoch in der ZDF-Sendung "Morgenmagazin". Hinzu kämen Energiesparprogramme für die Wirtschaft sowie neue Lieferwege und der Ausbau erneuerbarer Energien. Wenn man alles kombiniere, "dann können wir sehr viel schneller unabhängig werden von russischem Gas".

Laut von der Leyen seien "verlässliche Gasanbieter weltweit gebeten worden, Flüssiggas zu liefern". Zudem sollen gemeinsame Gasspeicher aufgebaut werden. Außerdem sollen massive Investitionen in erneuerbare Energien fließen. Von der Leyen erklärte im ZDF:

"Diese erneuerbaren Energien werden zu Hause bei uns produziert, schaffen bei uns zu Hause Arbeitsplätze und geben uns die Unabhängigkeit, die wir wollen."

Ziel der EU-Kommission: Zwei Drittel weniger Importe von russischem Gas bis Ende 2022

Derzeit bezieht die Union nach Angaben der EU-Kommission mehr als 40 Prozent ihres Erdgases aus Russland. Laut einem am Dienstag vorgestellten Energiepaket will die EU unabhängiger von russischen fossilen Brennstoffen werden. Der Plan der Brüsseler Behörde sieht unter anderem künftig viel mehr Importe von Flüssiggas aus Ländern wie Katar, den USA und Ägypten vor. Als Ziel hat sich die EU-Kommission außerdem gesetzt, bereits bis zum Ende dieses Jahres ihre Importe von russischem Gas um zwei Drittel zu reduzieren. In der ZDF-Sendung am Mittwoch verteidigte von der Leyen die Linie der Europäischen Union, trotz des Krieges in der Ukraine zunächst weiter Energie aus Russland zu importieren. Derweil hatten die USA einen Importstopp für russisches Öl verhängt. Die Sanktionen gegen Moskau seien unter den westlichen Verbündeten abgestimmt, sagte die Kommissionschefin. Die USA könnten leichter auf Öllieferungen verzichten als die EU. Sie fügte hinzu:

"Wir müssen immer im Blick behalten, dass Ölpreise nicht zu sehr eskalieren, nicht zu sehr ansteigen, denn das wiederum würde uns schwächen."

Es gehe darum, das fein auszutarieren, um "maximale Wirkung bei Präsident Putin zu erreichen, aber bei uns keinen Schaden anzurichten", so von der Leyen.

Mit Blick auf die zwei Millionen Menschen, die bereits aus der Ukraine geflohen sind, sagte die CDU-Politikerin: "Ich fürchte, das ist erst der Anfang. Wir werden sehr viel höhere Zahlen noch erleben." Die Flüchtlinge bekämen Aufenthaltsrechte, Zugang zum Arbeitsmarkt und Gesundheitsversorgung, die Kinder könnten zur Schule gehen. Besonders beeindruckend seien laut von der Leyen die direkt an die Ukraine grenzenden Staaten wie Polen, Ungarn, Rumänien oder die Slowakei. Sie haben bisher die meisten Flüchtlinge aufgenommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/622885a848fbef13d70f48cc.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Die militärisch-politische Lage während der gemeinsamen Operation der DVR, der LVR und der RF am 9.3.22 um 17:00 Uhr

Die ukrainischen Kämpfer halten weiter die Bevölkerung in den Städten als „lebendnes Schild“ fest und ignorieren die humanitären Korridore für den Abzug zivilen Einwohner auf sichereres Territorium. **Ein weiteres Mal hat die ukrainische demonstrativ die Bevölkerung in Richtung verminter Ausfahrten aus Mariupol geleitet**, um Russland und die DVR der Provokationen zu beschuldigen. **Im Außenministerium der RF wurden etwa 2 Mio. Anfragen von Bürgern an die russische Seite mit der Bitte um Evakuierung erfasst.** Außer der Verteidigung der DVR und der LVR im Rahmen des Bündnisvertrags mit Russland war die **Gefahr des Baus von nuklearen und biologischen Waffen von Seiten der Ukraine äußerst beunruhigend.**

In der Ukraine waren **mindestens 30 Biolaboratorien der USA** aktiv sowie einzelne Programme und Projekte des Pentagons zur Schaffung und Entwicklung ukrainischer medizinischer und wissenschaftlicher Zentrums, die sich mit biologischen Waffen befassen. **Das Außenministerium Russlands erklärt, dass Moskau keine Verantwortung für das Leben von Ausländern trägt, die sich entschieden haben, an Kampfhandlungen in der Ukraine teilzunehmen.** Das Außenministerium der USA rief die Amerikaner, die in die Ukraine fahren, auf, rechtzeitig Testamente zu machen und die Frage der Vormundschaft ihrer Kinder zu regeln.

Die offizielle Vertreterin des Außenministeriums der RF Marija Sacharowa forderte von der Führung der USA, genaue Erklärungen über die Erforschung biologischer Waffen auf dem Territorium der Ukraine abzugeben.

„Den USA wird es nicht gelingen, bezüglich der entdeckten Fälle biologischer Forschungen in der Ukraine zu schweigen, die RF fordert Einzelheiten“, unterstrich sie.

Das Außenministerium erinnert daran, dass Russland gezwungen war, die Kontrolle über die nuklearen Objekte der Ukraine zu übernehmen, um wegen der ständig weiterbestehenden Gefahr von Seiten des Kiewer Regimes deren Sicherheit zu gewährleisten.

Der Pressesekretär des Präsidenten der RF Dmitrij Peskow erklärt, dass die USA de facto einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führen. Dabei war Russland ein zuverlässiger Garant der Energiesicherheit auf Weltebene und wird sich weiter sein.

Er fügte hinzu, dass Russland die Spezialoperation zur Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine trotz der Forderungen der USA fortsetzen wird. Jetzt werde aber die ganze Welt interessieren zu erfahren, womit sich die amerikanischen Biolabore in der Ukraine genau befassen haben.

Peskow unterstrich, dass Russland die Möglichkeit der Nutzung von Flughäfen in anderen Ländern für den Widerstand gegen die Truppenoperation durch Kiew nicht zulassen wird, weil dieses Szenario für sie potentiell gefährlich ist. Außerdem ist die von der Führung der RF benannte Liste nicht freundlich gesinnter Länder kein Dogma und sie kann sich ändern.

Die USA haben den Vorschlag Polens über die Übergabe ihrer Jagdflugzeug MiG-29 auf eine US-Basis in Deutschland zur weiteren Übergabe an die Ukraine wieder abgelehnt.

Die Regierung Großbritanniens behandelt die Frage der Übergabe von mobilen Abwehrraketenkomplexen Starstreak an die Ukraine. Das Verteidigungsministerium merkt an, dass Kiew die Waffen für den Krieg gegen Russland kostenlos erhalten wird. ...

16:00 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: 90 Prozent der ukrainischen Militärflughäfen außer Gefecht gesetzt**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, hat auf seinem jüngsten Pressebriefing erklärt, die russischen Streitkräfte hätten die Ortschaften Krasnaja Poljana und Stepnoje unter ihre Kontrolle gebracht. Am 9. März hätten russische Sturm- und Bombenflugzeuge 49 Objekte der ukrainischen Infrastruktur zerstört. Seit dem Beginn der militärischen Sonderoperation seien 2.786 ukrainische Militärziele zerstört worden.

Konaschenkow berichtete ferner detailliert über den aktuellen Zustand der ukrainischen

Luftstreitkräfte. Demnach habe die Ukraine vor dem russischen Militäreinsatz über 250 einsatzbereite Kampfflugzeuge und -hubschrauber verfügt. Von diesen seien in der Luft und auf dem Boden 89 Flugzeuge und 57 Hubschrauber kampfunfähig gemacht worden. Ein Teil der ukrainischen Luftflotte sei nach Rumänien verlegt worden und beteilige sich an keinen Kampfhandlungen. 90 Prozent der ukrainischen Militärflughäfen seien jetzt außer Betrieb. Im Land gebe es kaum mehr einsatzfähige Kampfpiloten. Das russische Militär beobachte nur noch vereinzelte Flugversuche der ukrainischen Luftstreitkräfte.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums gab außerdem bekannt, dass über 90 Prozent der ukrainischen Flugabwehrraketensysteme S-300, Buk M-1 und S-125 außer Gefecht seien. Die ukrainische Flugabwehr könne den russischen Luftstreitkräften kaum mehr Widerstand leisten.

Konaschenkow räumte abschließend ein, dass an der Militäroperation in der Ukraine vereinzelt auch Wehrpflichtige beteiligt waren. Solche Soldaten seien jedoch umgehend nach Russland zurückgezogen worden. Der Sprecher fügte hinzu, dass eine ukrainische nationalistische Sabotagegruppe eine russische Logistik-Einheit angegriffen und mehrere russische Soldaten, darunter Wehrpflichtige, gefangen genommen habe. Das russische Verteidigungsministerium tue nun sein Bestes, um die Gefangenen zu befreien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228bd85b480cc5d8d2d4dd6.jpg>

16:15 de.rt.com: **Bloomberg: Deutschland sperrt sich in Brüssel gegen Ausschluss Russlands aus SWIFT-System**

Unter Berufung auf diplomatische Quellen hat die US-Nachrichtenagentur Bloomberg am Mittwoch berichtet, ein Hindernis auf dem Weg zum kompletten Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System sei die aktuelle Position Deutschlands. Berlin stellte sich nach Angaben von Bloomberg der Forderung entgegen, die größte russische Bank, Sberbank, vom SWIFT abzuschalten. Außerdem zeige sich Deutschland über die Vorschläge besorgt, den Zugang russischer Schiffe zu internationalen Häfen einzuschränken, weil sich diese Maßnahme negativ auf den Handel mit Waren auswirken könnte, die nicht unter Sanktionen stehen. SWIFT ist ein internationales Finanztransaktionssystem, das die Abwicklung von Zahlungen zwischen den teilnehmenden Banken sicherstellt. Der Sitz der Gemeinschaft befindet sich in Belgien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6228bac548fbef13a86415fe.jpg>

16:17 de.rt.com: **Dublin: Lastwagen rammt Eingang zur russischen Botschaft – Moskau kritisiert Untätigkeit der Polizei**

Ein Lastwagen hat am Montag das Tor der russischen Botschaft in Dublin durchbrochen. Verletzt wurde bei dem Vorfall niemand. Das russische Außenministerium bestellte den irischen Botschafter ein und forderte eine objektive Untersuchung des Vorfalls.

Wie auf einem [Video](#) zu sehen ist, steuerte der Mann das Fahrzeug im Rückwärtsgang gegen den Eingang zum Gelände. Dann soll er ausgestiegen sein und Fotos mutmaßlicher Kriegsopfer in der Ukraine verteilt haben.

Die russische Botschaft verurteilte den Vorfall als einen "kriminellen Akt, der sich gegen eine friedliche diplomatische Mission richtete". Die Tat habe unter den Augen untätig zusehender Polizisten stattgefunden.

Nach dem Beginn der Kriegshandlungen in der Ukraine waren die russische Botschaft in Dublin sowie einige andere diplomatische Vertretungen Vandalismus und Drohungen ausgesetzt. Russlands Botschafter in Irland, Juri Filatow, kritisierte die Berichterstattung über den Konflikt in der Ukraine in den irischen Medien.

Laut einer offiziellen Mitteilung wurde der irische Botschafter am Dienstag ins russische Außenministerium in Moskau einbestellt. "Es wurde betont, dass die Demonstranten, die unsere Botschaft umzingelt haben, eine bei Terroristen weit verbreitete Taktik angewandt haben", heißt es auf der Webseite des Ministeriums. Die Behörde forderte von der irischen Regierung, dringend umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheitsbedrohungen für die russische Botschaft in Dublin und ihr Personal zu beseitigen. Ebenso forderte das Ministerium von Irland eine offizielle Entschuldigung sowie eine vollständige Entschädigung für den verursachten Schaden. Ferner hieß es, das Ministerium erwarte eine objektive Untersuchung des Vorfalls und eine Bestrafung der Verantwortlichen.

Medienberichten zufolge handelt es sich bei dem Fahrer um Desmond Wisley, einen Geschäftsmann. Er erschien am 8. März vor dem Bezirksgericht Tallaght. "Ich habe dies nur getan, um einen sicheren Korridor für den russischen Botschafter zu schaffen, damit er Irland verlassen kann", erklärte Wisley laut New York Post. Der 49-Jährige wurde wegen gefährlichen Fahrens und Sachbeschädigung angeklagt und gegen Kautions freigelassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228767548fbef10ca4b81b5.jpg>

16:56 de.rt.com: **Kreml: Frage der von westlichen Firmen entlassenen Russen ist "vorrangiges Thema"**

Dmitri Peskow hat das Ausmaß möglicher Folgen des Abzugs ausländischer Unternehmen aus Russland abgeschätzt. Er äußerte die Hoffnung, dass nicht Millionen Russen arbeitslos sein werden, und fügte hinzu, dass der Kreml alles tun werde, um die Bürger zu unterstützen. Russische Behörden ergreifen Maßnahmen, um eine Krise auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, die auf den Rückzug einer Reihe ausländischer Unternehmen aus Russland und die Entlassung von Mitarbeitern dieser Unternehmen zurückzuführen sei. Dies hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow gegenüber Reportern erklärt. Auf die Frage eines Journalisten, ob durch die Abwanderung westlicher Unternehmen Millionen von Russen ihren Arbeitsplatz verlieren könnten, äußerte Peskow die Hoffnung, dass die Folgen nicht so gravierend sein werden. Der Pressesprecher sagte:

"Hoffen wir dennoch, dass nicht Millionen von Menschen arbeitslos werden, sondern weniger. Die Regierung befasst sich damit, es ist ein vorrangiges Thema."

Peskow wies auch darauf hin, dass die vom Westen verhängten Sanktionen für die russischen Behörden durchaus nicht überraschend kämen. Er fügte hinzu:

"Ich denke, dass wir in naher Zukunft von der Regierung hören werden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen."

Vor dem Hintergrund der von den USA, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und anderen Ländern verhängten Sanktionen haben in den letzten Tagen eine Reihe ausländischer Unternehmen angekündigt, ihre Tätigkeit in Russland einzustellen. Einige darunter besitzen eigene Produktionsanlagen in Russland, andere haben ihre Produkte nach Russland geliefert, wieder andere haben ihre eigenen Waren in ihren eigenen Vertriebsketten verkauft. Der Rückzug solcher Unternehmen aus Russland könnte zu zahlreichen Arbeitsplatzverlusten führen. So schätzt allein McDonald's, das beschlossen hat, alle seine 850 Restaurants in Russland vorübergehend zu schließen, die Zahl seiner Mitarbeiter auf 62.000. Das Unternehmen beabsichtigt jedoch, die Gehälter vorerst weiterzuzahlen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228bfdeb480cc5e495cbd57.jpg>

17:00 de.rt.com: Scholz tritt gegen Lieferung von MiG-29-Kampfflugzeugen an Ukraine auf

Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich gegen eine Lieferung von MiG-29-Kampfflugzeugen aus der NATO an die Ukraine ausgesprochen. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau verwies er am Mittwoch in Berlin auf Finanzhilfen, humanitäre Unterstützung und die Lieferung einzelner Waffensysteme. Der Bundeskanzler wörtlich:

"Und ansonsten ist es aber so, dass wir sehr genau überlegen müssen, was wir konkret tun.

Und dazu gehören ganz sicherlich keine Kampfflugzeuge".

Das polnische Außenministerium hatte am Dienstagabend einen Plan zur indirekten Überlassung von Kampfflugzeugen an die Ukraine vorgestellt: Die Regierung in Warschau sei bereit, Jets vom Typ MiG-29 auf den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz zu verlegen und sie den USA zur Verfügung zu stellen. Das US-Verteidigungsministerium bezeichnete den Vorschlag umgehend als "nicht haltbar" und verwies unter anderem auf geopolitische Bedenken, wenn Kampffjets von einem US- beziehungsweise NATO-Stützpunkt aus in den umkämpften ukrainischen Luftraum flögen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6228ccaf48fbef155e08816b.jpg>

abends:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 18:45 Uhr am 9.3.22**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Die Artillerieeinheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine verüben weiter zielgerichtet massive Schläge auf Wohngebiete von Ortschaften der Republik.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 18-mal das Feuer auf unser Territorium unter Einsatz von 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern sowie verschiedenen Granatwerfern **eröffnet**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik.

Infolge der ukrainischen Aggression gibt es Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Ein Zivilist wurde verletzt**. Es wurden 15 Wohnhäuser, drei Infrastrukturobjekte und drei Fahrzeuge beschädigt.

Alexandrowka, die Siedlung des Bergwerks Nr. 12 und die Siedlung Briketnyj haben keinen Strom. Etwa 3000 Verbraucher sind ohne Stromzufuhr.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien weiter Ortschaften von ukrainischen Nationalisten.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde die Kontrolle über Olginka, Rownopol und Iwanowka hergestellt. Bei Straßenkämpfen in Mariupol haben unsere Verteidiger 12 Feuerstellungen des Gegners vernichtet, unsere Verteidiger haben **16 Zivilisten aus befreiten Häusern, in denen Nazisten der Einheit „Asow“ untergebracht waren, evakuiert**. Ihr Leben ist jetzt nicht mehr in Gefahr.

Außerdem haben **in Mariupol acht Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aus der 36. Marineinfanteriebrigade freiwillig die Waffen niedergelegt**.

Ein weiteres Mal wende ich mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und erkläre offiziell, dass allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, eine menschliche Behandlung, medizinische Behandlung, Nahrung sowie Anrufe nach Hause garantiert sind.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die **Verluste des Gegners** die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 63 Tote und 85 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 59 Tote und 79 Verletzte;

56. mechanisierte Brigade – 75 Tote und 99 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 116 Tote und 121 Verletzte;

53. mechanisierte Brigade – 225 Tote, darunter der Brigadekommandeur, und 211 Verletzte;

36. Marineinfanteriebrigade – 197 Tote und 202 Verletzte.

Leider gibt es unter unseren Kampfgefährten, die an der Spezialoperation zur Befreiung des Donbass vom Bandera-Dreck beteiligt sind, Verluste, **fünf Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, elf**

Kampfgenossen wurden verletzt. Sie waren Patrioten, die ihr Leben für die Zukunft unserer Kinder gaben. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für die zukünftigen Generationen sein werden.

Am 1. März 2022 zeigten die Soldaten Gennadij Sergejewitsch Birjukow und Dmitirij Alexandrowitsch Kolobin auf den Frontpositionen im Gebiet von Majorsk Entschlossenheit und Mut. Sie traten in den Kampf mit überlegenen Kräften des Gegners. Zielgerichtet schießend und fachkundig die Positionen wechselnd vernichteten die Soldaten zwei

Schützenpanzer und beschädigten einen Panzer des Gegners, wodurch der Gegner in die Flucht geschlagen wurde. Insgesamt vernichteten Kolobin und Birjukow während des Kampfes 20 ukrainische Nationalisten.

18:23 de.rt.com: **Schweden nennt Risiken für Europa im Falle des NATO-Beitritts**
Verhandlungen über den Beitritt Schwedens zur NATO werden zur weiteren Destabilisierung in der Region führen. Dies erklärte die schwedische Ministerpräsidentin. Zuvor hatte der schwedische Oppositionsführer vorgeschlagen, den Beitritt Schwedens zur NATO zu unterstützen.

Magdalena Andersson, die schwedische Ministerpräsidentin, hat Gespräche über einen NATO-Beitritt ihres Landes ausgeschlossen. Dies berichtet Financial Times. Wie die Zeitung erklärte, reagierte Andersson damit auf einen Aufruf von Ulf Kristersson, dem Vorsitzenden der Mitte-Rechts-Oppositionspartei "Die Moderaten". Kristersson hatte die anderen aufgefordert, die NATO-Mitgliedschaft seines Landes "mit einer Stimme" zu unterstützen. Andersson erklärte diesbezüglich:

"Wenn Schweden in der gegenwärtigen Situation beschließt, einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen, würde dies die Sicherheit dieser speziellen Region Europas weiter destabilisieren, die Spannungen in Europa erhöhen und Schweden würde die Situation weiter destabilisieren."

Am 24. Februar erklärte auch die schwedische Außenministerin Ann Linde, dass Schweden nicht die Absicht habe, der NATO beizutreten. Mitte Februar sagte sie:

"Zurzeit haben wir nicht die Absicht, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO zu stellen."

Laut einer gemeinsamen Umfrage der Zeitung Aftonbladet und des Meinungsforschungsinstituts Demoskop vom Januar sind 42 Prozent der schwedischen Bevölkerung der Meinung, dass Schweden der NATO beitreten sollte. Gleichzeitig sind 37 Prozent der Meinung, dass Schweden nicht Mitglied des Militärbündnisses sein sollte.

Mitte Januar erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, die NATO versuche, neue Mitglieder, darunter auch skandinavische Länder, künstlich anzulocken. Zwei Tage vor Lawrows Erklärung sagte die US-amerikanische Unterstaatssekretärin Victoria Nuland, die USA seien bereit, mit Finnland und Schweden über deren Mitgliedschaft in der NATO zu sprechen, wenn sie dies wünschten.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte außerdem, dass Schweden und Finnland sehr bald der NATO beitreten könnten. Ihm zufolge stehen diese Länder der NATO in vielerlei Hinsicht sehr nahe. Stoltenberg erklärte:

"Aber es muss eine politische Entscheidung von Schweden und Finnland geben, dass sie beitreten wollen. Es muss auch eine politische Entscheidung der 30 NATO-Staaten geben."

Sanna Marin, die finnische Ministerpräsidentin, erklärte am 24. Februar, Helsinki sei nur dann bereit, einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft zu stellen, wenn die nationale Sicherheit des Landes zu einem akuten Problem werde. Auch der finnische Präsident Sauli Niinistö schloss einen sofortigen Beitritt zur NATO aus.

Finnland und Schweden sind Mitglieder der Europäischen Union, aber keine Mitglieder der NATO. Sie haben jetzt den Status von Partnerstaaten des Militärblocks. Die NATO hat 30 Mitgliedsstaaten. Von den nordischen Ländern sind Norwegen und Dänemark Mitglieder des Bündnisses.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228992b48fbef1c7028e62b.jpg>

de.rt.com: **Unionsfraktion fordert Verzicht auf Gaslieferungen über Nord Stream 1**

Als Reaktion auf den Krieg Russlands in der Ukraine fordert die Unionsfraktion im Bundestag einen Stopp des Gasbezugs über die Pipeline Nord Stream 1. Dies würde "eine neue Qualität in den Sanktionen bedeuten", sagte Fraktionschef Friedrich Merz am Mittwoch in Berlin. Merz weiter:

"Wir wollen nicht warten, bis andere den Vorschlag machen und Deutschland dann wieder hinterherkommt. Oder warten, bis vielleicht Putin selbst den Gashahn dort an dieser Stelle abdreht."

Der Fraktionsvorsitzende und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt schloss sich den Forderungen an und forderte die Ampel-Koalition auf, jetzt tätig zu werden.

18:59 de.rt.com: **Saudi-Arabien und Emirate lehnten Gespräche mit Biden über Erhöhung der Ölproduktion ab**

Angesichts des Importstopps für russisches Öl versuchen die USA Berichten zufolge Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) dazu zu bewegen, ihre Ölproduktion zu erhöhen. Washingtons Anfragen wurden von den beiden Staaten bisher allerdings abgelehnt.

Die Kronprinzen von Saudi-Arabien und Abu Dhabi, Mohammed bin Salman und Muhammad bin Zayid Al Nahyan, hätten in den vergangenen Wochen Gesprächsinitiativen von US-Präsident Joe Biden abgewiesen. Das berichtete das Wall Street Journal am Dienstag unter Berufung auf US- und Nahost-Beamte. Die Telefonate hätten demnach der potenziellen Erhöhung der Erdölproduktion durch die beiden Golfstaaten gewidmet werden sollen. Aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) habe es allerdings geheißen, das Gespräch zwischen Biden und bin Zayid sei lediglich "verschoben" worden.

Grund für die anscheinende Weigerung Riads und Abu Dhabis, den Zapfhahn aufzudrehen, soll dem Bericht zufolge das Versagen der Biden-Administration sein, die beiden Länder im jemenitischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Auch in mehreren anderen sensiblen Fragen – wie etwa dem saudischen zivilen Atomprogramm – habe das Land den fehlenden Beistand Washingtons beklagt, hieß es.

Nach Angaben des Weißen Hauses soll indes am 9. Februar ein Telefongespräch zwischen Joe Biden und dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz stattgefunden haben. Dabei habe der US-Präsident dem Königreich seine Unterstützung im Kampf gegen die jemenitischen Huthi-Rebellen und den Iran zugesichert. Und darüber hinaus habe er sich verpflichtet, "die Stabilität der weltweiten Energieversorgung" zu gewährleisten.

Am 8. März verhängte Präsident Biden im Rahmen der US-Sanktionen gegen Moskau wegen

der russischen Militäroperation in der Ukraine ein Importverbot für russisches Öl und Gas. Gleichzeitig berichteten mehrere US-Medien, Washington erwäge eine Lockerung der Sanktionen gegen Ölimporte aus Venezuela, um den Ausfall der Energielieferungen aus Russland zu kompensieren und die kletternden Benzinpreise in den USA auszubremsen. Daraufhin bestätigte der venezolanische Präsident, Nicolás Maduro, den Besuch einer US-Delegation in dem südamerikanischen Land am vergangenen Wochenende. Er schätzte das Treffen als "respektvoll" und "herzlich" ein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228abe948fbef1c7028e63f.jpg>

20:52 de.rt.com: **China antwortet auf US-Sanktionsdrohungen: "Chinas Rechte und Interessen in keiner Weise verletzen"**

Peking hat zugesagt, chinesische Unternehmen und Einzelpersonen, die mit Russland Handel treiben, gegen die Wünsche der USA zu verteidigen. Gleichzeitig kommen aus Peking Warnsignale an die Adresse der USA, die Rechte und Interessen Chinas nicht zu verletzen. China wird seine Unternehmen und Personen schützen, die wegen des Handels mit Russland von US-Sanktionen bedroht sind, sagte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am Mittwoch und bezog sich damit auf entsprechende Warnungen Washingtons.

Der Sprecher des Außenministeriums, Zhao Lijian, erklärte, Peking werde "alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die legitimen Rechte und Interessen chinesischer Unternehmen und Personen entschlossen zu schützen".

Der chinesische Beamte wiederholte die Kritik seiner Regierung an einseitigen Sanktionen, die keine völkerrechtliche Grundlage hätten und in den betroffenen Ländern nur "ernsthafte Schwierigkeiten für die Wirtschaft und den Lebensunterhalt der Menschen" verursachten, anstatt Frieden und Sicherheit zu fördern.

Washington sollte bei der Umsetzung seiner Restriktionen gegen Russland "Chinas Bedenken ernst nehmen", damit sie "Chinas Rechte und Interessen in keiner Weise verletzen", warnte Zhao.

Als Reaktion auf Moskaus militärischen Angriff auf die Ukraine haben die USA ein Verbot für die Ausfuhr moderner Halbleiter nach Russland verhängt. Das Verbot betrifft nicht nur amerikanische Unternehmen, sondern auch ausländische Firmen, die amerikanische Software und Technologien in der Produktion verwenden. Länder wie Südkorea, die ihre Ausfuhren nach Russland fortsetzen wollen, müssen Sondergenehmigungen beantragen oder setzen sich dem Zorn Washingtons aus.

In einem Interview mit der New York Times warnte US-Handelsministerin Gina Raimondo, dass ihre Regierung jedes chinesische Unternehmen, das sich über die amerikanischen Sanktionen hinwegsetzt, "im Grunde schließen" könnte. Die Ministerin brachte die chinesische "Semiconductor Manufacturing International Corporation" als mögliches Unternehmen ins Spiel, das für die Missachtung des Russland-Verbots bestraft werden könnte. Anders als die Verbündeten der USA in Europa und anderswo hat sich China geweigert, Russland für seinen Angriff auf die Ukraine zu verurteilen. Peking teilte die Einschätzung

Moskaus, dass die unkontrollierte Expansion der NATO in Osteuropa und das Versäumnis, auf die nationalen Sicherheitsbedenken Russlands einzugehen, den Weg zur aktuellen Krise geebnet haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6228c7e848fbef1c7028e65c.jpg>